

Mehrsprachigkeit in Europa : neue Konzepte und neue Fremdsprachenlernprogramme

Albert Raasch

Abstract

Le plurilinguisme en Europe :
Nouveaux concepts et nouveaux programmes
d'apprentissage de langues étrangères

La situation qui prévaut actuellement dans la vie publique européenne se caractérise par l'internationalisation et la globalisation. Tandis que l'internationalisation concerne les possibilités de rencontre avec d'autres pays, d'autres cultures et d'autres personnes, la globalisation revêt plutôt une connotation négative comme la criminalité par exemple. La connaissance des langues est indispensable à ces deux concepts.

la politique européenne des langues puise sa source dans le conseil de l'Europe à Strasbourg et dans la communauté européenne de Bruxelles dont l'une des tâches primordiales consiste à promouvoir les langues étrangères.

Le plurilinguisme en tant que connaissance linguistique signifie également une culture européenne plurielle.

Promouvoir la connaissance des langues aboutit à une meilleure Compréhension des autres et de soi même. Léonardo et Socrate sont des programmes permettant les contacts. Les terribles expériences du 20^{ème} siècle ne permettent aucune autre voie que celle d'une culture européenne commune.

1. Die europäische Situation heute

Die gegenwärtige Situation in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Europa - und gewiß nicht nur dort - wird von zwei Stichwörtern gekennzeichnet: Internationalisierung und Globalisierung. Die damit bezeichneten Prozesse haben ihre Auswirkungen auf die Gesellschaften ebenso wie auf die Lebensplanung und die Lebensbedingungen des Einzelnen.

Da diese Prozesse zugleich die Sprachenpolitik weitestgehend bestimmen, ist es nötig, sie kurz zu skizzieren und ihre Auswirkungen abzuschätzen.

„Internationalisierung“ bezeichnet z.B. die Tatsache, daß die schnelle Verbreitung von Informationen oder daß der Warenverkehr über die nationalen Grenzen heute angesichts der zunehmenden Öffnung der Märkte ungeheuer zugenommen hat. Dieselben Produkte finden sich in zunehmend vielen Ländern der Erde: bestimmte Getränke, Fast-Food-Angebote usw. Aber auch der Bildungsbereich ist betroffen: Zeitungen und Zeitschriften haben zumeist weltweite Verbreitung; die Internationalisierung ist in den Medien wie Rundfunk und Fernsehen besonders intensiv.

Internationalisierung betrifft aber nicht nur den „Konsumenten“. Die Länder der Europäischen Union sind besonders daran interessiert, die Mobilität der Menschen zu fördern, um ihnen Chancen z.B. im beruflichen Bereich zu geben, die sie im eigenen Lande in der erwarteten Form nicht finden. Dieser „grenzüberschreitende Personenverkehr“ muß während der Ausbildung bereits angebahnt werden; Studierende sollen Auslandsaufenthalte in ihren Studienplan einbauen, Auszubildende an Austausch teilnehmen, Schüler /-innen sollen durch Begegnungsprogramme in Kontakt mit Partnern und Partnerklassen im Ausland treten.

Die Internationalisierung findet sozusagen „von unten“ statt, indem in den Ländern der EU immer mehr Menschen immer mehr Möglichkeiten der Begegnung mit anderen Ländern, Kulturen und Menschen wahrnehmen; und sie wird „von oben“ gefördert durch

gemeinsam verabredete gesetzliche Grundlagen und durch zahlreiche Maßnahmen, die der Förderung dieses Anliegens dienen.

Während der Begriff der Internationalisierung im europäischen Kontext positiv gesehen wird und Grundlage ist für zahlreiche Bemühungen um das Zusammenwachsen Europas, erscheint die Globalisierung in einem etwas anderen Licht. Es mag daran liegen, daß sich der Ausdruck vor allem auf die Ausbreitung von Problemen bezieht und daß diese Ausbreitung sich zudem noch unkontrolliert vollzieht. Beispiele sind etwa Probleme der Umweltzerstörung oder die wachsende, gewissermaßen „grenzenlose“ Kriminalität oder die Bedrohung durch schrankenlosen Wirkung moderner Waffen. Globalisierung führt zu Abwehrmechanismen, der Ausdruck ist negativ konnotiert, im Unterschied zu dem vorherrschenden Eindruck der Internationalisierung. Globalisierung wird eher gemieden oder vermieden, Internationalisierung ist - trotz offensichtlicher, mit ihr verbundener Risiken - erstrebenswert.

Interessant und charakteristisch ist nun, daß beide Phänomene des modernen Lebens ihren Einfluß bis hin zu dem Bereich der Sprachen ausüben. Sprachkenntnisse sind nötig, um die Internationalisierung zu realisieren, ihre Chancen zu nutzen und ihre Risiken zu minimieren; Sprachkenntnisse aber sind auch nötig, um die Globalisierung beherrschbar zu machen und ihre Gefahren abzuwehren.

Sprachkenntnisse sind daher in Europa - übrigens auch in anderen Teilen der Welt - nicht nur unter fachdidaktisch - wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern sind zugleich auch ein politischer Gegenstandsbereich. Die europäische Sprachenpolitik spiegelt diesen Tatbestand deutlich wieder.

2. Die europäische Sprachenpolitik

Die europäisch orientierte Sprachenpolitik wird vorrangig von zwei Institutionen getragen, dem Europarat in Straßburg und der Europäischen Gemeinschaft / Europäischen Kommission in Brüssel.

Diese Institutionen unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht :

Im Europarat sind ca. 40 Länder vertreten, in der Europäischen Union sind es zur Zeit 15.

Der Europarat befaßt sich seit 1992 ununterbrochen in Form von Projekten mit der Förderung der Fremdsprachen durch Erarbeitung neuer, innovativer Konzepte zu den Lernzielen, den Curricula, den Lern- und Lehrmaterialien, der Lehrerfort- und -ausbildung, diversen Formen des Sprachangebots wie Frühbeginn usw., außerdem auch - außerhalb der Fremdsprachenprojekte - mit Problemen wie Minderheitensprachen in Europa. Die Europäische Union hat 1990 begonnen, Förderungsprojekte für die Vermittlung und Erlernen von Fremdsprachen aufzulegen, zunächst z.B. LINGUA, heute (seit 1995) z.B. unter den Namen Sokrates (einschl. Lingua), Leonardo, Projekte für Fernlehre und offenen Unterricht usw. Hiermit sind vor allem die Programme zur Förderung von Pilotprojekten benannt; daneben gibt es in großem Umfang die Mobilitätsprogramme, die den Austausch und die Begegnung von Menschen fördert.

Gemeinsam ist beiden Institutionen das Bemühen um eine Anpassung des Lernens und Lehrens von Fremdsprachen an die Bedingungen des heutigen Lebens, und das heißt u.a. die Bewältigung von Internationalisierung und Globalisierung.

Es kommt eine weitere Gemeinsamkeit hinzu, die in den letzten Jahrzehnten in nachhaltiger, oftmals in erschreckender Weise durch die politischen Ereignisse deutlich geworden ist: Sprachliche und kulturelle Identität sind unverzichtbar für ein friedliches Miteinander der Menschen und der Völker. Die Unterdrückung dieser Identität führt zu um so heftigeren Ausbrüchen, zu Auseinandersetzungen und sogar zu Kriegen. Europa will ein friedliches Miteinander aufbauen, und dazu gehört der Respekt eben dieser Identität. Spracherwerb, der diese kulturellen Inhalte mit umfaßt, der das Fremde verstehen lernt, der Verständnis dafür aufbringen hilft, ist ein essentielles politisches Instrument der Förderung von Frieden und Gemeinsamkeit. In diesem Sinne gibt es einen grundsätzlichen Konsens aller Bemühungen um Europa.

Dies bedeutet zugleich, daß ein neuer Sprachbegriff in den Mittelpunkt der Beschäftigung mit dem Sprachenproblem gerückt ist. Dabei geht es um die Erkenntnis, daß der Erwerb von Sprache nicht

vorrangig darin besteht (oder sich gar darin erschöpft), daß Sprache Form ist und daß das Sprachenlernen ein Instrument formaler Bildung wäre - wie es lange Zeit die Einstellung der Bildungspolitik, die Konzeption der Curricula und die Inhalte der Lehrbücher bestimmt hat. Der funktionale Ansatz des Sprachunterrichts und auch der Sprachbeschreibung, die Hinwendung zur Handlungsorientierung des Fremdsprachenunterrichts, die semantisch-pragmatische Dimension der Linguistik sind Ansätze, die zugleich auch dem Handlungsbedarf im politischen Raum entsprechen.

3. Mehrsprachigkeit - ein Merkmal europäischer Kultur

Das Grundanliegen der europäischen Sprachenpolitik, so darf man verallgemeinernd formulieren, ist die Wahrung eines bestimmenden Charakteristikums des Kontinents, nämlich die Wahrung der kulturellen Vielfalt und damit auch der sprachlichen Vielfalt. Europa zu bauen wird nur gelingen, wenn diese Vielfalt geschützt und gefördert wird, und zu diesem Anliegen gehört der Schutz und die Förderung der Vielfalt der europäischen Sprachen.

Mehrsprachigkeit als Ziel der europäischen Sprachenpolitik meint beides, was mit diesem Ausdruck gemeint sein kann: die territoriale Mehrsprachigkeit, die darin besteht, daß in einem Land mehrere Sprachen existieren und gepflegt werden, daß man Minderheiten schützt und die Gleichwertigkeit der Sprachen und ihrer Sprecher /-innen fördert.

Mehrsprachigkeit ist aber auch das Merkmale des Individuums, das Sprachkenntnisse in mehreren Sprachen besitzt. Man weiß, daß diese Kenntnisse nur selten den Standard des Muttersprachlers erreichen können, aber darum geht es bei diesen Bemühungen auch nicht; und man weiß auch, daß nicht jeder Mensch eine Vielzahl von Sprachen erlernen kann, sondern daß es Unterschiede gibt. Eines aber ist sicher: Globalisierung und Internationalisierung und eben auch der Zusammenschluß Europas machen es unabdingbar, daß mehr Menschen mehr Sprachen erwerben, und die skizzierte kulturelle Funktion von Sprachen macht es ferner unabdingbar, daß möglichst alle europäischen Sprachen gefördert werden müssen, und das heißt eben

auch besonders die weniger verbreiteten, weniger gesprochenen Sprachen, die andernfalls keine Chancen gegenüber den übermächtigen Verkehrssprachen hätten.

4. Die Förderung der Sprachkenntnisse durch die Europäische Union

Die geschilderten grundsätzlichen Gemeinsamkeiten von Europarat und Europäischer Kommission sind die Basis aller Bemühungen; diese aber sind unterschiedlich angelegt und organisiert. Im folgenden werden wir vor allem auf die Initiativen der Europäischen Kommission eingehen, da wir dann unsere eigenen Erfahrungen einbringen können, die wir als wissenschaftlicher Leiter der Nationalen Koordinierungsstelle NATALI (zuständig für Teile des Sokrates- und des Leonardo-Programms) sammeln konnten. Die Mitarbeit gerade an diesen Programmen dürfte für die Länder, die noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, besonders interessant sein und die Beteiligung an den Mobilitätsmaßnahmen, die den Austausch und die Begegnungen fördern, sinnvoll ergänzen.

Der Vertrag von Maastricht hat in seinen §§ 126 und 127 die Förderung der allgemeinen bzw. der beruflich orientierten Fremdsprachenkenntnisse als ein dringendes Anliegen der EU geregelt. Die sogenannte europäische Dimension in diesen Sprachkenntnissen konkretisiert sich in den interkulturellen Fähigkeiten, die z.B. in den berufsspezifischen Sprachkenntnissen enthalten sein müssen, wenn das sprachpolitische Ziel, das oben angedeutet wurde, realisiert werden soll. Das bedeutet, daß der Berufstätige bzw. der Auszubildende Kenntnisse über das Land der Zielsprache erwirbt, daß er diese Informationen mit seinen Kenntnissen über das eigene Land vergleichen kann, um die Spezifität der anderen Kulturen zu verstehen, daß er ferner die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Empathie für das andere Land und seine Menschen aufbringt und daß er schließlich mit den Menschen der anderen Kultur gemeinsam handeln kann, eben um Europa aufzubauen und um die eigenen Fähigkeiten und Anlagen in diesem neuen Europa möglichst weitgehend entfalten zu können.

Der Anforderung, mehr Sprachen zu beherrschen und die eben erwähnten Inhalte mit den Sprachkenntnissen im engeren Sinne zu verbinden, bedeutet zweifellos, höhere Anforderungen an die Bildungseinrichtungen, an die Bildungsträger wie aber auch an die Einzelnen zu stellen.

Wenn mehr Sprachen gelernt werden sollen, dann muß man halt früher mit dem Sprachenlernen beginnen. Daher die Forderung nach dem Frühbeginn des Fremdsprachenunterrichts für alle Kinder; dies kann, wie in der Bundesrepublik Deutschland, interpretiert werden als Beginn des Fremdsprachenunterrichts (in welcher Form auch immer) ab der Klasse 3 der Grundschule, d.h. im Alter von 8 Jahren. Eine weitere Vorverlegung ist in der Diskussion, etwa ab der Klasse 2; manche fordern sogar, den Frühbeginn in den Kindergarten vorzuverlegen. Daß dies möglich ist, zeigen die durchweg positiven Erfahrungen z.B. in Frankreich. Die Entwicklung des frühbeginnenden Fremdsprachenunterrichts ist also keineswegs abgeschlossen.

Das Erlernen der Fremdsprachen bei Berufstätigen kann weitreichende Impulse durch die Möglichkeiten des autonomen Lernens erfahren, das natürlich auch schon auf der Schule beginnen sollte, dann aber die vorherrschende Form des Spracherwerbs bei Berufstätigen werden könnte. Voraussetzung ist die Entwicklung geeigneter pädagogischer Prinzipien für das Selbstlernen von Fremdsprachen, und hierbei spielt einerseits die vernünftige pädagogisch-didaktische Orientierung eine wichtige Rolle, andererseits die gescheite Nutzung der Technologien, die heute für die Vermittlung von Sprachen zur Verfügung stehen: CD-Roms, Computer, Multimedia. Auch hier ist die Entwicklung, wenn man die vorhandenen Produkte auf dem Markt aufmerksam betrachtet, noch in ihren Anfängen.

Hier liegen einige der Bereiche, in denen eine gezielte Förderung von innovativen Produkten notwendig ist, und dies hat sich das Leonardo-Programm zum Ziel gesetzt.

Die Entwicklung entsprechender Materialien für den allgemeinen Fremdsprachenbereich wird durch Sokrates gefördert.

5. Modalitäten der Förderung

Unsere Koordinierungsstelle NATALI, die von Saarbrücken aus für die Bundesrepublik tätig ist, betreut, wie angedeutet, die Entwicklung von Lern- und Lehrmaterialien, von Tests und Zertifizierungen sowie von Curricula; andere, parallele Agenturen betreuen z.B. die Mobilitätsmaßnahmen der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission stellt allen Interessierten Informationen darüber zur Verfügung, welche Produkte bereits vorliegen, welche Zielsetzungen, Inhalte, Methoden und Medien charakteristisch sind und wie man sich diese Materialien beschaffen kann. Diese „Kompendien“ erscheinen jährlich und sind bei der Europäischen Kommission erhältlich.

Diese Übersichten machen deutlich, welchen Zweck diese Förderung von Entwicklungsarbeiten zugleich anstrebt und auch erreicht : Die Bewilligung von Förderungsmitteln, die übrigens immer nur einen Zuschuß umfassen und niemals eine Gesamtförderung (d.h. Abdeckung aller Unkosten) vorsehen, ist an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, von denen eine ganz besonders wichtig, d.h. sprachpolitisch begründet ist. Die Träger der Projekte (es handelt sich dabei stets um institutionelle Träger, niemals um Einzelpersonen) bilden stets ein Konsortium, in denen eine federführende Institution mit Partnern kooperiert.

Diese Partner - und jetzt müßte man eigentlich die spezifischen Maßnahmen im einzelnen zitieren, da die Bedingungen nicht einheitlich für alle Typen von Projekten sind - müssen grundsätzlich eine grenzüberschreitende Partnerschaft bilden, d.h. die Partner müssen aus verschiedenen Ländern stammen. Diese Zusammensetzung führt zur Realisierung im kleinen eines Anliegens, das Europa insgesamt hat : Schaffung einer engen Zusammenarbeit und Stiftung partnerschaftlicher Beziehungen in Europa. Die Vielzahl der bereits laufenden und der durchgeführten Projekte läßt sich tatsächlich am besten mit dem Begriff eines „Netzes“ abbilden, das durch diese Fördermaßnahmen zustande kommt.

Das Netzwerk wird noch enger und komplexer, wenn man die Tatsache einbezieht, daß die Kooperation bei einer Reihe von Programmlinien auch verlangt, daß Institutionen unterschiedlicher

Struktur in diesen Partnerschaften zusammenarbeiten müssen, also etwa Universitäten mit Unternehmen, Kammern mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung usw.

In jedem Falle werden also unterschiedliche Lernkulturen zusammengeknüpft, unterschiedlich nach Institutionen, nach Ländern, nach Lernkulturen, nach Sprachen. Leonardo und Sokrates sind Programme, die Kontakte in verschiedenster Hinsicht knüpfen : Dies ist gemeint, wenn man die Fördermaßnahmen der Europäischen Union als „sprachenpolitisch“ relevant bezeichnet.

6. Auswirkungen dieser Fördermaßnahmen

Die Sprachprogramme der EU fördern die Initiativen von Institutionen; sie fördern die Kooperation und damit den fachlichen und menschlichen Zusammenhalt und Austausch; sie fördern das Interesse der Öffentlichkeit an Sprachen und deren Vermittlung; sie fördern letztlich das friedliche Miteinander der Menschen in Europa.

Sie bilden zugleich eine Herausforderung an alle, die sich für Sprachen interessieren. Die auf diese Weise geförderten Methoden des Lernens und Lehrens können nicht ohne Einfluß bleiben auf die Institutionen, die bislang mehr oder weniger alleine zuständig waren für die Vermittlung der Sprachen. Lehrerinnen und Lehrer an Schulen kommen nicht umhin, sich mit diesen fachlichen Innovationen auseinanderzusetzen, die den Fremdsprachenunterricht um sie herum verändern; sie kommen auch nicht umhin, ihrerseits sprachenpolitisch denken zu lernen, Globalisierung und Internationalisierung umsetzen zu lernen in unterrichtliches Handeln, in Kriterien der Evaluation von Lehrmaterial, in Methoden der Vermittlung, in Verfahren der Leistungsmessung.

Die europäischen Sprachfördermaßnahmen stimulieren eine Änderung des gesamten Spektrums an herkömmlichen Verfahren und Inhalten in dem Bildungsbetrieb der Länder. Diese Öffentlichkeitsarbeit macht sich nicht von alleine, sondern sie ist Teil der Aufgaben einer Koordinierungsstelle wie NATALI und andere. Öffentlichkeitsarbeit liegt auch vor, wenn man in anderen, bislang nicht beteiligten Ländern

für die Mitarbeit wirbt, damit Europa insgesamt einbezogen wird in diese neue Phase des Zusammenwachsens.

Diese Aufgabe können diese Programme nur dann erfüllen, wenn alle Sprachinteressierten, ob Lehrer oder Lerner, ihrerseits auf diese Programme zugreifen, sich um Informationen und Erfahrungen bemühen, Vorliegendes ausprobieren und sich an Neuem beteiligen. Die europäischen Programme, wie sie von der EU konzipiert sind, erstellen nicht Produkte, die man dann nur anzuwenden braucht, sondern sie fördern Aktivitäten, d.h. das Handeln der Menschen, denn nur durch Handeln wird Europa, nicht durch Zuschauen oder Konsumieren oder Fordern. Lehrer müssen das Zusammenarbeiten lernen, sie müssen ihren Sprachbegriff überdenken und eventuell revidieren, sie müssen ihre eigene Verantwortung erkennen und nicht über Curricula und Lehrmaterial die Verantwortung auf Behörden oder Fremde abschieben; Lehrer müssen sprachenpolitisch denken lernen. Nur: Diese Forderungen kann man stellen, aber können die Betroffenen sie auch erfüllen? Leistet die Ausbildung und die Fortbildung das Nötige, um die Lehrer /-innen entsprechend auszustatten und vorzubereiten? Wahrscheinlich nur zum Teil, und so ist auch die Kooperation zwischen den Ausbildungsstätten, den Hochschulen und Universitäten erforderlich, wenn sich wirklich etwas in dem Sprachunterricht ändern soll. Sind die zuständigen Ministerien, Kultusverwaltungen, Schulverwaltungen hinreichend flexibel, um sich auf diese Innovationen einzustellen und die Ansätze aufzugreifen?

7. Folgerungen

Die Förderung durch die Sprachprogramme der Europäischen Union mündet also letztlich in eine Forderung nach einer gründlichen Qualitätskontrolle des Fremdsprachen-Unterrichtssystems. Wenn dies erreicht würde, dann könnte man behaupten, daß die sprachenpolitischen Ziele der EU erreicht sind. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, aber er ist in Ansätzen vorgezeichnet und lädt ein dazu, daß sich möglichst viele Länder, Institutionen, Menschen aufmachen, um diesen Weg zu gehen; da es um die Schaffung oder Bewahrung des friedlichen Miteinander in Europa geht, darf kein Weg als zu weit und keine Anstrengung als zu groß angesehen werden.

Die bitteren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts lassen uns keinen anderen Weg, der mit der gemeinsamen europäischen Kultur vereinbar wäre.